

## **Änderungsanträge zu LTW 3**

### **LTW 3 – 268**

Zeile 268 bis 269 bis einschließlich“ Gymnasien“ streichen und folgenden Text neu einfügen:

Um den Druck aus der Grundschule herauszunehmen wollen wir die Grundschulempfehlung abschaffen und durch eine qualifizierte Beratung der Eltern ersetzen. Die Eltern treffen die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind.

Wir wollen für bessere Lernbedingungen durch kleinere Klassen sowie Differenzierungskontingente an allen bestehenden Schularten sorgen. Jede Schule kann zu einer offenen oder gebundenen Ganztagschule weiterentwickelt werden. Die Schulen.... Den Text ab Zeile 169 fortführen ....“müssen mehr Freiräume.....

AntragstellerIn: LAG Schule; KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung:

Durch die (verbindliche) Grundschulempfehlung ist der soziale Auslesedruck in der Grundschule immer stärker geworden. Durch die Abschaffung der Grundschulempfehlung wird der immense Druck von Kindern, Eltern und Lehrkräften genommen und der Bildungsauftrag der Grundschule gestärkt.

### **LTW 3 – 314**

Zeile 314: einfügen: Den muttersprachlichen Unterricht wollen wir schrittweise ins reguläre Schulangebot integrieren. Er soll künftig als erweitertes Bildungsangebot in der Ganztagschule oder als 2. oder 3. Fremdsprache an den Schulen bedarfsorientiert angeboten werden.“

AntragstellerIn: LAG Schule; KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung:

Bisher werden die Muttersprachen bzw. Herkunftssprachen der Schülerinnen und Schüler nur über die Konsulate der Herkunftsländer angeboten und sind nicht Teil des regulären Bildungsangebots. Mit einem schrittweise auszubauenden Angebot der Herkunftssprachen bringen wir die Wertschätzung der Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler zum Ausdruck und stärken die heute erwünschte (Fremd-) sprachenkompetenz junger Menschen.

### **LTW 3 - 423**

Zeile 423: einfügen:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Eingangsbesoldung für FachlehrerInnen und Technische LehrerInnen angehoben wird und sie auch Funktionsstellen an Schulen übernehmen können. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich über eine berufsbegleitende Fortbildung für die Höhergruppierung in das wissenschaftliche Lehramt zu qualifizieren. Bei der

Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge im Rahmen des Bolognaprozesses sollen die Pädagogischen Fachseminare einbezogen werden.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: erfolgt mündlich.

## **LTW 3 – 506**

Zeile 506: einfügen:

Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen

Wir wollen früh investieren, statt später teuer zu reparieren. In der nächsten Legislaturperiode benötigen wir erhebliche zusätzliche Mittel für den Ausbau und die Qualitätsverbesserung der U3-Betreuungseinrichtungen und Kindertagesstätten.

Bei der Finanzierung dieses Bedarfs müssen Bund und Länder zusammenwirken. Darüber hinaus benötigen wir zusätzliche Stellen für den Ausbau der Ganztageschule, die Einstellung von sonderpädagogischen Lehrkräften sowie heilpädagogischen Fachkräften und der Aufstockung der Stellen für Schulpsychologen, den Ausbau der Krankheitsreserve, den Abbau des Unterrichtsdefizits an Beruflichen Schulen und Sonderschulen, den Ausbau der Beruflichen Gymnasien, die Einführung des Ethikunterrichts ab der 1. Klasse alternativ zum Religionsunterricht, zur Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit sowie für bessere Lernbedingungen und Anreize für die innovative Schulentwicklung. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode deshalb alle rechnerisch durch den Schülerrückgang frei werdenden Stellen für den Ausbau und die Qualitätsverbesserung der Bildungseinrichtungen einsetzen. Längerfristig können wir die zunächst notwendigen höheren Bildungsausgaben durch die demografische Entwicklung refinanzieren.

AntragstellerIn: LAG Schule; KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: Der Textteil zur Bildungsfinanzierung war bei der redaktionellen Bearbeitung versehentlich herausgefallen, ist aber sehr wichtig.

## **LTW 3 – 641**

**Zeile 641: einfügen:**

Doch auch in demokratischer Hinsicht muss sich das KIT weiterentwickeln. Eine Zivilklausel für die gesamte gemeinsame Struktur sowie neue Wege in der kostenfreien Weitergabe von Forschungsergebnissen (open access) kann Vorbild für alle Baden-Württemberger Universitäten sein. Den wachsenden Anspruch des KIT, sich zu einem Unternehmen mit Studierenden als Kunden zu entwickeln, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen muss die demokratische Hochschule Leitbild dieser großen Forschungs- und Lehrinstitution werden.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: erfolgt mündlich.

## LTW 3 – 685

Zeile 685: einfügen:

Universitäten müssen in konsekutiven Studiengängen mindestens so viele Masterstudienplätze schaffen, wie es studierwillige BachelorabsolventInnen der Dualen Hochschulen, Hochschulen und Universitäten für den Masterstudiengang gibt.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: erfolgt mündlich.

## LTW 3 – 688

Zeile 688: einfügen: Neues Kapitel:

### **Studentisches Leben**

Auch heute schon werden an den Hochschulen in Baden-Württemberg zu Beginn eines jeden Herbstes tausende Studierende in provisorischen Unterkünften wie Institutsgebäuden oder Turnhallen untergebracht. Diese Situation wird sich mit den steigenden Studierendenzahlen weiter verschärfen. Wir GRÜNEN werden die Studierendenwerke sowie insbesondere die Träger selbst verwalteter Wohnheime beim Ausbau ihrer Kapazitäten unterstützen. Die Studierendenwerke brauchen außerdem beim Ausbau ihrer Mensen und Betreuungsangebote z.B. für Studierende mit Kind die Unterstützung der Landespolitik. Die Bibliotheken, Lern- und Gruppenarbeitsräume müssen weiter ausgebaut und den Studierenden jederzeit zugänglich sein.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: erfolgt mündlich.

## LTW 3 – 981

Zeile 981-991: streichen, ersetzen durch:

### **Für eine demokratische, grüne Zukunft der Netzpolitik**

Wir GRÜNEN begreifen das Internet nicht primär als Ort der größtmöglichen ökonomischen Wertschöpfung, sondern als ein Medium der Vernetzung, des Austausches, der demokratischen Teilhabe und der Vereinfachung alltäglicher Aufgaben – sei es beim Einkaufen, dem Verkaufen oder in der Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung. Für uns ist daher der Zugang zum Internet ein BürgerInnenrecht, das in jeder Hinsicht barriere- und frei zu gestalten ist. Eine kostenlose Grundversorgung über öffentliche Zugänge bspw. in Bibliotheken wollen wir gewährleistet wissen.

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und auch dort müssen Strafverfolgungsbehörden sachkompetent und präsent sein. Wir wollen ErmittlerInnen, die in angemessener Form auch im Internet „Streife gehen“. Sie sollen in der Lage sein, Geschehnisse adäquat und zeitnah beurteilen zu können. Viele BürgerInnen sind sich der Komplexität der verschiedenen Ebenen im Netz nicht bewusst. Hier bedarf es echter Unterstützung und keiner Panikmache oder fälschlicher Informationen. Daher wollen wir auch eine personell und qualitativ ausreichend

ausgestattete „Internetpolizei“. Eine wie auch immer geartete Zensur des Internets dagegen lehnen wir ebenso entschieden ab wie eine Beschränkung auf der Basis der Rundfunkstaatsverträge. Das Internet ist kein Update des Radios oder des Fernsehens, sondern ein alle Lebensbereiche umfassendes Medium, für das geltendes Recht anzuwenden ist und keine gesonderte Reglementierung. Bei der Verfolgung von Straftaten wie der Verbreitung von Kinderpornografie oder nationalsozialistischer Propaganda setzen wir auf eine schärfere Verfolgung der TäterInnen – vor allem durch eine bessere internationale Kooperation zwischen den Staaten durch beispielsweise vergleichbare Rechtsvorschriften oder gleiche Standards.

Medienkompetenz, informelle Selbstbestimmung, umfassender Daten- und Verbraucherschutz, Urheberrechte und Freiheit im Internet sind Grundlagen für eine demokratische Zukunft. Statt immer nur die möglichen Gefahren zu bekämpfen, wollen wir die Chance des Internets und seiner Dienste herausstellen und ein positives Leitbild der Digitalisierung für Baden-Württemberg mit allen AkteurInnen gemeinsam entwickeln. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für auch eine Enquete-Kommission „Netzpolitik“ im baden-württembergischen Landtag ein.“

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: erfolgt mündlich.

## **LTW 3 - 1032**

Zeile 1032: einfügen:

Wir GRÜNEN begreifen das Spielen am Computer als Kulturtechnik. Was früher „Mensch ärgere Dich nicht“ am Spielbrett war, sind heute Spiele am PC und/oder im Internet. SpielerInnen als Einzelspieler oder Teil einer weltweiten Gemeinschaft Gleichgesinnter sind eine neue Form des Zusammenspiels, die wir für grundsätzlich positiv erachten. Die Gewaltdarstellungen in manchen Spielen sehen wir dabei durchaus kritisch, wollen aber entsprechende Darstellungen unterhalb der Straffreiheit nicht verbieten. Über Geschmack lässt sich zwar weidlich streiten, aber Verbote, Diskriminierung oder gar Kriminalisierung, wie sie seitens der CDU teilweise formuliert werden, ist nicht Ziel führend. Wir setzen auf eine gute Ausgestaltung der Medienpädagogik, um einen offenen und verantwortungsvollen Umgang zu der Welt der GamerInnen zu gewährleisten. Dabei darf aber nicht versäumt werden, auch die Risiken wie Spielsucht zu benennen.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: erfolgt mündlich.